

ler, die Damgaard schwerpunktmässig ausstellt, stiess in in Marokko allerdings auch auf massive Kritik. In Essaouira haben sich in den letzten Jahren immer mehr europäische und amerikanische Künstler niedergelassen und Marokko zu einem bis anhin kaum je gesehenen internationalen Kulturleben verholfen.

In den sogenannten Königsstädten sind in den letzten Jahren auch ein paar erfreuliche Renovationsprojekte durchgeführt worden. Die «Nejjarine»-Karawanserei in der Altstadt von Fes wurde mit finanziellen Mitteln des ehemaligen Premierministers Karim Lamrani prachtvoll restauriert. Bei der Medersa Ben Youssef sind die Arbeiten noch im Gang; die Industrieholding ONA, die grösste des Landes, stellte die nötigen Mittel zur Verfügung. Nur wenige Schritte davon entfernt renovierte der schwerreiche Industrielle Omar Benjelloun einen alten Palast und machte daraus ein Museum, das ganz unbescheiden «Musée de Marrakech» heisst. Auf der anderen Seite der Medersa Ben Youssef erwachte eine ehemalige Karawanserei, die eine Zeit lang als Pflegestation für kranke Störche gedient hatte, als Kulturzentrum zu neuem Leben. Hinter der Stiftung «Dar Belarje» stehen die Architekten Susanne Biedermann Alioth und Max Alioth aus Basel.

Die Liste liesse sich fortsetzen. Zwei wichtige Beispiele seien noch genannt: In Casablanca finanzierte eine Bank in einer Art Déco-Villa aus den dreissiger Jahren, die sich schlicht «Villa des Arts» nennt, ein Kulturzentrum. In Rabat ist schliesslich dieses Frühjahr in der «Kasbah des Oudayas», in der zahlreiche Kulturschaffende leben, das erste «Café Littéraire» des Landes eröffnet worden.

Dies alles sind hoffnungsvolle Anzeichen einer Belebung des marokkanischen Kulturlebens. Es darf allerdings nicht übersehen werden, dass diese kulturellen Aktivitäten nur eine sehr kleine Schicht von Marokkanern wirklich erreichen. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung muss etwa im Filmbereich weiterhin vorlieb nehmen mit ägyptischen oder indischen Schnulzen sowie mit Schrottfilmen europäischer und amerikanischer Provenienz. Auch die in den letzten Jahren ge-

drehten marokkanischen Filme, die zum Teil von bemerkenswerter Qualität sind, werden nur in den grossen Städten des Landes gezeigt.

Die Anerkennung der «Amazighité»

Viel mehr Bedeutung als die zahlreichen Kulturprojekte und Festivals, so glaubt der Wahlmarokkaner Bert Flint, hätte die offizielle Anerkennung der «Amazighité», der berberischen Seite der marokkanischen Identität. König Mohamed VI. scheint willens zu sein, entscheidende Schritte in diese Richtung zu unternehmen; so ist etwa ein «Institut Berbère» geplant. Viele Marokkaner warten nun mit Spannung auf den Moment, an dem Mohamed VI. in einer offiziellen Verlautbarung ein paar Sätze auf Berberisch einflechten wird. Da seine Mutter eine Berberin aus dem Mittleren Atlas ist, sollte ihm dies eigentlich keine Mühe bereiten. Für Marokko wäre dies, so glaubt nicht nur Flint, eine kleine Kulturrevolution. ♦

Resumee

Au Maroc, trente-huit années de vie culturelle sous le règne de Hassan II sont loin de faire apparaître un bilan positif. Nombre d'artistes et d'intellectuels ont quitté le pays pour fuir répression et censure. L'enseignement ayant été effroyablement négligé, le taux d'analphabétisme est élevé. Enfin les joyaux de l'architecture marocaine sont, pour partie du moins, dans un état lamentable.

Si un débat sur la situation s'est instauré, il doit observer des limites et certains sujets demeurent tabous: ainsi l'origine multiple de la culture marocaine, car perdue la définition identitaire officielle, qui exclut de fait les éléments berbères et africains. Ce qu'est le Maroc continue à être dicté par le Palais. Les travaux de restauration du patrimoine architectural entrepris depuis une dizaine d'années devraient cependant mener à l'affranchissement du débat culturel.

Elisabeth Bäschlin West-Sahara: Bedeutet das Jahr 2002 das Ende des UNO-Friedensplans?

Vorgeschichte: Seit dem Winter 1975/76 hält Marokko die ehemalige spanische Kolonie Sahara besetzt. Ein grosser Teil der Bevölkerung ist vor dem Einmarsch der marokkanischen Armee nach Algerien geflüchtet und lebt seither in Flüchtlingslagern in der Nähe der algerischen Oase Tindouf. Am 27. Februar 1976 haben die Sahraouis und ihre Befreiungsbewegung, die Frente Polisario, ihren Staat, die DARS, ausgerufen, der heute von ungefähr 70 Ländern anerkannt ist, und haben die entsprechenden Institutionen in den Lagern aufgebaut.

Nach Jahren des militärischen Kampfes wurde im Jahr 1991 von UNO und OUA ein Friedensplan für die West-Sahara verabschiedet, den beide Konfliktparteien, Marokko und die Polisario, unterschrieben haben. Dieser Friedensplan sieht die Durchführung eines Referendums unter der sahraouischen Bevölkerung auf Anfang 1992 vor, wobei die Liste der Stimmberechtigten auf der Basis der letzten spanischen Volkszählung von 1973 erstellt werden sollte.

Am 6. September 1991 trat der Waffenstillstand in Kraft und die MINURSO, die UNO-Truppe zur Durchführung des Referendums, begann sich in der Sahara zu installieren.

Doch dann akzeptierte Marokko die Erstellung einer Liste der Stimmberechtigten auf der

Elisabeth Bäschlin ist Geographin an der Universität Bern. Sie arbeitet seit vielen Jahren federführend beim Schweizerischen Unterstützungskomitee für die Sahraouis.

Basis des spanischen Zensus nicht mehr, sondern verlangte, dass 200 000 weitere «Sahraouis» zum Referendum zugelassen würden. Ein langes Tauziehen um die Frage der Stimmberechtigung begann.

Dem UNO-Sonderbeauftragten James Baker gelang es, wieder Bewegung in die verfahrenere Situation zu bringen mit dem Abkommen von Houston vom 16. September 1997, in welchem sich die Konfliktparteien mit Zusatzbestimmungen über eine neue Festlegung der Stimmberechtigten einverstanden erklärten.

Nach einer langen und intensiven Phase der Identifikation konnte die MINURSO im Januar 2000 endlich die definitive Liste der Stimmberechtigten im Prozess um die Dekolonisation der West-Sahara veröffentlicht. Damit stand der Durchführung eines Referendums unter der sahraouischen Bevölkerung eigentlich nichts mehr im Wege.

Doch Marokko akzeptierte die Liste der Stimmberechtigten nicht, obschon diese auf der Basis des UNO-Friedensplan von 1991 und dem Abkommen von Houston von 1997 erstellt worden waren, beides Dokumente, die Marokko mitunterzeichnet hatte. Marokko präsentierte vielmehr 130 000 Wiedererwägungsgesuche.

Im Laufe des Jahres 2000 kam es zu einigen erfolglosen Kontakten zwischen den Konfliktparteien unter dem Vorsitz von James Baker: Die Polisario verlangte die unverzügliche Durchführung des Referendums entsprechend dem

UNO-Friedensplan, Marokko verlangte die Aufnahme von 130 000 «Jubelsahraouis» in die Liste der Stimmberechtigten!

Nach dem Konflikt vom Dezember 2000, als das Rallye Paris-Dakar gegen den Willen der Polisario durch die Westsahara und über die marokkanische «Mauer» geführt wurde, war die Lage im Gebiet sehr gespannt. Die Polisario erklärte den Waffenstillstand von 1991 als von Seiten Marokkos gebrochen und schränkte die Bewegungsfreiheit der MINURSO in dem von ihr kontrollierten Gebiete ein.

Bis zu diesem Zeitpunkt war das Ziel aller Bemühungen der UNO und der OUA im Sahara-Konflikt stets die Durchführung eines Referendums gewesen, in dem die sahraouische Bevölkerung entscheiden sollte, ob sie die «Unabhängigkeit» oder den «Anschluss an Marokko» wünschte.

Kofi Annan und James Baker lassen die Sahraouis fallen...

In seinem Bericht vom Februar 2001 an den Sicherheitsrat erwähnte Kofi Annan den Friedensplan der UNO und der OUA für die Westsahara plötzlich nur noch indirekt und sprach nun von der Möglichkeit eines «Dritten Weges» als Option für eine Lösung des Konflikts. Konkret stellte er die Frage, ob Marokko «als Verwaltungsmacht» (nicht «Besetzungsmacht»!) bereit sei, einen Teil seiner Macht an «alle BewohnerInnen und ehemalige BewohnerInnen» zu übertragen oder, anders ausgedrückt, ob Marokko bereit sei, der Westsahara einen Status als autonome Provinz innerhalb des marokkanischen Staates zu geben.

Die UNO-Vollversammlung bekräftigte zwar daraufhin nochmals das Recht der Sahraouis auf Selbstbestimmung, beauftragte jedoch James Baker, die Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien über einen «Dritten Weg» weiterzuführen. Das Mandat der MINURSO wurde um weitere 4 Monate verlängert.

In seinem letzten Bericht an den Sicherheitsrat, demjenigen vom 22. Juni 2001, erschien der

UNO-Friedensplan dann überhaupt nicht mehr, sondern Kofi Annan stellte ein «Rahmenprogramm» vor, das eine – sehr beschränkte – Autonomie für das Gebiet der Westsahara innerhalb des marokkanischen Staates vorsieht.

Der UNO-Sicherheitsrat betraute daraufhin James Baker mit der Aufgabe, mit beiden Konfliktparteien die Möglichkeiten einer solchen Autonomieregelung als politische Lösung des Konfliktes zu diskutieren und beschloss die Verlängerung des UNO-Mandates des MINURSO bis Ende November.

Im Pressecommuniqué des Informationsministeriums der DARS vom 22. Juni 2001 kommt die sahraouische Haltung zu solchen Plänen unmissverständlich zum Ausdruck:

«Die Frente Polisario bekräftigt ihren absoluten Widerstand gegen jeglichen Versuch, das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des sahraouischen Volkes zu übergehen. Der Friedensplan stellt den einzigen Weg für eine gerechte und definitive Lösung im Konflikt dar.»

Diese Aussage scheint aber weiter niemand ernst zu nehmen, im Gegenteil, es wird nun versucht, den Sahraouis den «Dritten Weg» schmackhaft zu machen.

So hat James Baker vom 27. – 29. August 2001 eine sahraouische Delegation zu einem Gespräch an seinen Ferienort Pinedale/ Wyoming eingeladen, zusammen mit Algerien und Mauretanien als Beobachter des Friedensprozesses. Thema des Gespräches war einzig der «Dritte Weg», dieser Vorschlag aus der Küche Marokkos und Frankreichs zur Lösung des Konfliktes.

(In einem Gespräch mit Abgeordneten des US-Senats hatte Baker zugeben müssen, dass das von Kofi Annan präsentierte «Rahmenprogramm» von Marokko ausgearbeitet worden war!)

Marokko war zum Treffen in Pinedale gar nicht erst eingeladen worden. Dies war ja auch nicht nötig, da James Baker – als UNO-Sonderbeauftragter! – die Interessen Marokkos dort bestens vertreten hat und es eigentlich nur darum ging, dass die Polisario den marokkanischen Vorschlag schlucken sollte!

Eine Autonomie innerhalb Marokkos ist aber für eine Bevölkerung, die von der marokkanischen Armee aus ihrem Land vertrieben und mit Napalm und Phosphor begossen wurde, von denen Familienangehörige seit 25 Jahren unter der Repression in den von Marokkos besetzten Gebieten wohnen, gänzlich undenkbar. Die Sahraouis trauen keinem marokkanischen Versprechen irgendwelcher Art.

Die Bevölkerung der Flüchtlingslager – Frauen und Männer, Alte und Jugendliche – wird zunehmend ungeduldiger. Sie haben genug von all den Verzögerungen, von der endlosen Wartezeit auf ein Referendum, das nie kommt. So lautet denn ihre Forderung: Entweder das Referendum wird nun endlich durchgeführt oder die MINURSO soll wieder abziehen!

Lässt auch die UNO die Sahraouis fallen?

Mit der Abkehr vom UNO-Friedensplan und vom Prinzip eines Referendums verleugnet die UNO ihre eigenen Grundsätze, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, ein Recht, von dem es in der Resolution von 1960 heisst, dass alle Völker davon Gebrauch machen können und zwar unabhängig davon, ob ein Nachbarland auf das entsprechende Gebiet Anspruch erhebe oder nicht. In letzter Zeit wurde es der Bevölkerung von Namibia, Eritrea und vor kurzem auch Osttimor zugestanden. Nun ist es an der Zeit, das gleiche Recht auch der Bevölkerung der Westsahara zuzugestehen.

Der Waffenstillstand nützt nur der Besetzungsmacht Marokko. Die zehn Jahre seit seinem Inkrafttreten haben den Sahraouis kein Referendum gebracht, haben aber Marokko die Möglichkeit gegeben – unter dem Schutz der MINURSO! – durch administrative und politische Massnahmen (z.B. Wahlen) die Besetzung der Westsahara zu festigen, obschon solche Aktivitäten internationalem Recht widersprechen.

Mit dem Vorschlag des «Dritten Weges», der Einverleibung des Gebietes in Marokko als «autonome» Provinz, wird die völkerrechtswidrige

Besetzung der Westsahara durch Marokko akzeptiert und international anerkannt. Die sahraouische Bevölkerung gerät in vollkommene Abhängigkeit von der marokkanischen Regierung ohne jede Chance auf Selbständigkeit.

Damit sind alle Faktoren gegeben für einen regionalen Unruheherd. Auf diese Weise wird aber gerade das von Frankreich und den USA erhoffte Ziel nicht erreicht, nämlich Marokko und die Gegend von Nordwestafrika politisch stabil zu halten.

Seit den Attentaten vom 11. September 2001 in den USA wird von jedermann und bei jeder Gelegenheit die Idee beschworen, dass Gewalt keine Lösung sei, dass «Terror niemals gerechtfertigt sein [könne], auch dann nicht, wenn er der Durchsetzung berechtigter Forderungen dienen soll,» wie es Weihbischof Henrici ausdrückte.

Es gibt aber nicht nur direkte, sondern auch strukturelle Formen der Gewalt und des Terrors. Und es ist diese Gewalt, unter der die sahraouische Bevölkerung seit Jahren zu leiden hat. Die Sahraouis müssen endlich zu ihrem Recht kommen, denn solange zwischen den Völkern nur das Recht des Stärkeren gilt, kann es keinen Frieden geben, weder in der Sahara, noch anderswo. ♦

Resumee

Le Sahara occidental, anciennement espagnol, est occupé depuis 1975. En 1991 fut conçu un plan de paix prévoyant un référendum, qui n'eut jamais lieu. Au début de 2001 surgit un nouveau plan émanant des Nations unies et présentant une „troisième voie“, laquelle – si elle était suivie – n'accorderait qu'une certaine autonomie au Sahara occidental à l'intérieur d'un Etat marocain.

Elaboré par le Maroc, appuyé par la France et les Etats-Unis, ce plan semble lui aussi faire littière du droit d'un peuple à l'autodétermination.